



Volker Mayer-Lay

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter des Wahlkreises Bodensee

Abgeordnetenbüro

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (0 30) 227 – 74 123
Fax: (0 30) 227 – 76 478
Volker.mayer-lay@bundestag.de

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 21. September 2023

Volker Mayer-Lay unterstützt Petition gegen Steuererhöhung für die Gastronomie

Im Rahmen seiner Sommertour durch den Wahlkreis Bodensee hat Volker Mayer-Lay, der direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis Bodensee, sich die gastronomischen und touristischen Strukturen angesehen. Trotz der Corona-Pandemie und den Auswirkungen explodierender Energiekosten, konnten sich viele dieser Betriebe in der Urlaubsregion Bodensee – aufgrund der vorübergehenden Senkung der Mehrwertsteuer auf 7% – glücklicherweise erhalten. Für viele andere Regionen – aber auch für das „Bodensee-Hinterland“ – sieht die Lage jedoch kritisch aus.

Nach den Plänen der Ampelkoalition soll der bislang befristete ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7% für die Gastronomie zum Jahresende auslaufen. Die Gastronomie müsste dann ab 2024 wieder 19% Mehrwertsteuer bezahlen. Dies käme in der ohnehin wirtschaftlich angespannten Situation einer Steuererhöhung um 12% gleich. „Eine vielfältige, bezahlbare Gastronomie ist gerade in unserer Region nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, sondern auch die Voraussetzung für lebendige Dörfer und Innenstädte, Lebenskultur und ein Treffpunkt für Jung und Alt. Diese Orte des Zusammenkommens müssen in der aktuellen Zeit gerade auch aus sozialpolitischen Gesichtspunkten erhalten werden“, so Mayer-Lay, der sich im Bundestag für eine Entfristung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für die Gastronomie einsetzt.

7% müssen bleiben - das ist die zentrale Forderung einer Petition, die aktuell vom Deutschen Bundestag zur Mitzeichnung freigeschaltet worden ist", informiert der CDU-Bundestagsabgeordnete, der zur Unterstützung der Petition aufruft.

Die Petition sei ein weiterer Schritt, um die Steuererhöhung für die Gastronomie doch noch zu verhindern. Nun käme es darauf an, dass die Petition von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern unterstützt werde: "Wenn die Petition bis zum 10. Oktober das Quorum von 50.000 Unterstützungen erreicht, muss der Bundestag die Petition öffentlich beraten", informiert der Abgeordnete. "Dies wollen wir erreichen, damit die Ampel direkt mit den Betroffenen ins Gespräch kommen und zu ihren Steuererhöhungsplänen Rede und Antwort stehen muss."

Unterstützen kann man die Petition auf der Seite des Deutschen Bundestages unter [https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/ 2023/ 08/ 30/Petition_156895.nc.html](https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/2023/08/30/Petition_156895.nc.html)